

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der SPD**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990**

**hier: Einzelplan 31**

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**  
**— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5573, 11/5581 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 31 03 – Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – wird der Titel 652 11 – Ausbildungsförderung für Schüler – um 84,5 Mio. DM erhöht.
2. In Kapitel 31 03 – Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – wird der Titel 652 12 – Ausbildungsförderung für Studierende – Zuschuß – um 2 625 000 DM auf 182 625 000 DM erhöht.
3. In Kapitel 31 03 – Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – wird der Titel 825 12 – Ausbildungsförderung für Studierende – Darlehen – um 2 625 000 DM auf 1 112 625 Mio. DM erhöht.
4. In Kapitel 31 05 – Hochschule und Wissenschaft – wird der Titel 882 01 – Aus- und Neubau von Hochschulen – um 200 Mio. DM auf 1,3 Mrd. DM erhöht.

Bonn, den 27. November 1989

**Dr. Vogel und Fraktion**

**Begründung****Zu 1.**

Besonders die Förderung von Schülerinnen und Schülern ab Klasse 11 stellt die Chancengleichheit in der Bildung wieder her, weil schon Ende der 10. Klasse der Übergang in weiterführende Schulen von der Finanzkraft der Familie abhängig gemacht wird. Vor allem Arbeiterkinder, junge Frauen und Einkommensschwache wurden durch die massiven Einsparungen im BAföG seit 1983, besonders durch die Streichung der Schülerförderung von Hochschulzugang und Studium abgehalten.

**Zu 2. und 3.**

Die Mittelerhöhungen ermöglichen bei Pflege und Erziehung eines Kindes bis zu zehn Jahren die Aufnahme der Leistung von Ausbildungsförderung über die Förderungshöchstdauer hinaus.

Damit wird sich dem angestrebten politischen Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu ermöglichen, genähert.

Zur Zeit sind besonders die Bedingungen für die Unterbringung der Betreuung von Kindern in öffentlichen Einrichtungen nicht ausreichend und an Hochschulen nicht vorhanden.

Die private Versorgung der Kinder läßt ein Studium in vielen Fällen nur mit zeitlichen Einschränkungen zu.

**Zu 4.**

Die Aufstockung der Mittel für den Ausbau und Neubau von Hochschulen ist, auch nach den vorliegenden Bedarfsrechnungen sowie Empfehlungen des Wissenschaftsrates, dringend erforderlich.

Die mit dem Antrag verbundenen Ausgaben sind durch den Antrag der Fraktion der SPD zu den Kürzungen beim Bundesminister der Verteidigung gedeckt.